

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsort:  
Tageblatt Riesa,  
Haupt Nr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Samtamtamts Meißen beständiglich bestimmtes Blatt.

Postfach:  
Dresden 1500,  
Verlag:  
Riesa Nr. 22.

Nr. 197.

Mittwoch, 24. August 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reflektierte 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abhängige Unterhaltungsbeilage "Anzeiger an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranga & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. H. Zschäber, Riesa; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Götlich, Riesa.

## Die Urteilsvollziehung von Boston.

Die in die letzten Augenblicke unmittelbar vor der Verlesung des elektrischen Stuhles durch die beiden in ihrem Schicksal zusammengeknüpften italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti glaubte man sich an eine weitere Hinwegführung jener Urteilsvollziehung, die nun schon 7 Jahre lang über den Häuptern der Verurteilten geschwebt hat. Man muß schon auf die großen politischen und Justizkämpfe vom Ausmaß des Dreizehnerprozesses zurückgreifen, um einen Vorgang zu finden, der sich um den amerikanischen Justizfall herum mit wachsender Leidenschaftlichkeit zu einem weltumtrenten Prozesse entwickelt haben.

Es ist schwer, im Augenblick vielleicht sogar unbillig, die Wahrheit in diesem verwinkelten Prozesse zu rekonstruieren. Es liegt auch für den besonnenen denkenden Menschen kein Grund vor, sämtliche in Frage kommenden Justizstellen in den Vereinigten Staaten, die mit diesem Prozesse befaßt worden sind, für Rechtsbrecher zu halten und den Beschuldigten politische Selbstmörder rings in aller Welt zu glauben. Der Verlauf des Prozesses und das Verhaltensmaterial sind übrigens auch so wenig in den Einzelheiten bekannt geworden, daß man sich unwillkürlich fragt, warum die Verichterstattung über diese doch wichtigen Dinge so sehr verlagert hat und warum lediglich das von dem Entlassungskomitee, hinter welchem politische Drahtzieher bestimmter Richtung stehen, zusammengetragene Material in immer neuer Form und aufgefächert worden ist. Gerade die lange Dauer des Prozesses und die immer wieder beschuldigten Beweismittel an sich für die Unbilligkeit der vorabgedachten Beweisgründe sprechen.

Von Kreisen, die an sich miktrauisch gegen das Justizmordgeheimnis des politischen Vorkriegs sind, wird nun betont, daß die lange Zeitdauer des Schwerebundes eine allen menschlichen Empfindungen höhnpredende Grausamkeit darstellt. Hier ist mehr dem Spitzel der amerikanischen Gerichtsbarkeit, als der Unbilligkeit bestimmter Persönlichkeiten, die Väter der Schuld zuschreiben. Das amerikanische Verwaltungsverfahren, das in dieser Beziehung einen sehr "freibilligen" Anstrich hat, gibt der Verteidigung immer wieder die Möglichkeit, neue Einwendungen und Beweisführungen zu erheben, die von der Prozessführung einfach nicht abgelehnt werden können. Die Verteidigung hat nun im Falle der beiden Italiener den weitestgehenden Gebrauch von diesen Möglichkeiten gemacht. Man sieht, daß gerade die formale Freibilligkeit mancher Einrichtungen in der Praxis eine Härte, ja Grausamkeit bedeuten kann.

Bedeutamer noch, als das Einzelschicksal zweier Menschen, sind die politischen Begleiterscheinungen dieses Prozesses. Man stelle sich nur einmal die Frage, ob der gleiche Entschuldigungssturm durch die Welt getobt wäre, wenn es sich nicht um das Schicksal von zwei Vorkriegsitalienern gehandelt hätte. Eine Antwort findet diese Frage sofort durch einen Hinweis auf die zahllosen Opfer der bolschewistischen "Justiz" in Rußland, die sich auch äußerlich gar nicht einmal den Anschein eines Rechtsfindungsapparates gibt, sondern die lediglich nach den Gesichtspunkten politischer Klassenbeziehung arbeitet, heute noch wie nun schon Jahre lang. Wann hat sich je einmal in den gleichen Kreisen, die sich heute angeht die Vorkriegsitaliener, die sie heute als die Bahnkinder der Welt und die sie als die in ihrem Gewissen getränkten Ritter des reinen Rechtes darstellen, ein Protest gegen das Wüten der Moskauer Justiz gereigt? Wir haben in Deutschland immer wieder ähnliche Begriffsverwirrungen erlebt. Als die sogenannten Femeprozesse abliefen, da lebte man es auf der linken ab, Widerstandsgründe in der allgemeinen Zeitverwirrung für die jungen Menschen gelten zu lassen, denen man nicht zugeben wollte, daß sie in einer politischen Weltverwirrung aber in gutem Glauben, ihrem Vaterlande, das von Feinden drinnen und draußen mißhandelt wurde, zu dienen, ihre Taten begangen hätten. Als dann der Prozeß gegen den Eisenbahnarbeiter Schlegler die Öffentlichkeit beschäftigte, gegen seinen Mann, der 15 Menschen aus Mordlust umgebracht hatte, da fand man immer neue Entschuldigungen und Widerstandsgründe. Heute wieder bemüht man sich, aus dem Mordbrenner Sacco einen reinen Loren, einen höchsten Richter der Idee zu machen. Hier wie bei dem Sacco-Vanzetti-Prozeß ist es letztlich und ausschließlich, wie der gesamte Vorkriegsitalienismus eine Front bildet.

Im Falle Sacco-Vanzetti ist man nun sehr unpsychologisch vorgegangen. Man glaubte, die Einschüchterungsmethoden, die sonst im allgemeinen ihre Wirkung nicht zu verfehlen pflegen, auch auf Amerika anzuwenden zu können, ohne zu bedenken, daß das amerikanische Volk ein sehr robustes Empfinden solchen Drohungen gegenüber hat und das die Mobilisierung des Anarchismus und seiner Attentats- und Bombenpolitik gerade die entgegengesetzte Wirkung dessen, was man erwartet, auslösen mußte. Gerade wenn bei dem Urteilspruch und der Urteilsvollziehung die Abwehr des Amerikanertums gegen bolschewistische Anarchie in Rechnung zu stellen war, mußten die terroristischen Methoden ihr Ziel verfehlen. Die Vorgänge, die sich im Hinblick auf die Durchführung in Amerika und auch in Europa, z. B. in Genf, abgepielt haben, müssen den Amerikanern geradezu als eine Niedertracht ihres Vorgehens erscheinen. Man täusche sich auch nicht, angeht die paar Tausend Anarchisten in den amerikanischen Großstädten über die Stimmung des amerikanischen Volkes, das den Sozialismus und Kommunismus nicht ablehnt. Beide Bewegungen haben in Amerika keinen Boden gefunden.

## Der Ruhhandel um die Rheinlandbesetzung.

In dem Bestreben, sich unter allen Umständen um die längst überfällige Herabminderung der Zahl der Besatzungstruppen im Rheinland zu bemühen, wartet jetzt die Berliner Presse mit allen möglichen Vorwänden auf, die die französische Intransigenz bemängeln sollen. Wertwürdigerweise hält man es für gut, wieder einmal die Sicherheitsfrage in den Vordergrund zu rücken und die Notwendigkeit zu betonen, "gegen alle Eventualitäten gesichert zu sein". Es ist in der Tat eine unerhörte Zumutung, die Frankreich an Deutschland stellt, daß es getreu den Locarnoverpflichtungen immer weiter erlöst und die Räumung des Rheinlandes im Voraus beahndelt, während Frankreich selbst im entscheidenden Augenblick so tut, als ob es nie ein Locarno gegeben hätte; als ob sich Deutschland niemals verpflichtet hätte, vertraglich festgelegte Versicherungen Frankreich zu gewähren, durch die andere, militärische Sicherungen ganz von selbst überflüssig werden. Es ist immer das gleiche Bild. Alle, auch die aufrichtigsten Bemühungen Deutschlands, sich mit Frankreich zu verständigen, sollen dann doch stets an dieser von Frankreich völlig unnötigerweise zur Kardinalfrage gemachten Angelegenheit, die man so schön "Sicherheiten für Frankreichs Ostgrenzen" nennt. Es bedarf nicht erst einer besonderen Bemerkung, um darüber Klarheit zu gewinnen, daß derartige Methoden den Tod aller Verständigungsversuche bedeuten muß, daß Frankreich durch diese seine Machenschaften die allseits so sehr leicht gewünschte Befriedigung in Europa hintertreibt.

## Der Senfer Nationalitätenkongreß gegen die Minderheiten-Unterdrückung.

Genf. Auf dem europäischen Nationalitätenkongreß gelangte gestern nachmittag der Hauptprogrammteil der Tagung, die Befriedigung des europäischen Friedens durch nationale Unabhängigkeit zur Behandlung. Der Präsident des Kongresses, Dr. Billan, wies darauf hin, daß eine be-

riedigende Lösung des Minderheitenproblems eines der wesentlichsten Ursachen künftiger Kriege beseitigen würde. Hierauf erbatte der Generalsekretär des Kongresses Dr. Amende ein längeres Referat, in dem er sich in eingehenden Ausführungen mit der Stellungnahme des Völkerbundes zu den Minderheitenproblemen auseinandersetzte und insbesondere die Forderung auf eine grundsätzliche Veränderung in der bisherigen Behandlung des Minderheitenproblems durch den Völkerbund geltend machte. Dr. Amende wies darauf hin, daß die Bindung neuer Staaten durch die Friedensverträge keinesfalls die Hoffnung auf ein Verschwinden des Minderheitenproblems erfüllt hätte. Dr. Amende wies weiter auf die Tatsache hin, daß die gegenwärtige Form des Minderheitenschiedes völlig unzulänglich sei. Das Klagericht beim Völkerbund als Appellationsinstanz habe sich als ein Verfahren erwiesen, das den Minderheiten mehr Schaden als Nutzen gebracht habe. Die Minderheitenschutzverträge seien nur für einige Staaten bindend, während sie für eine andere Gruppe von Staaten keinerlei rechtsbindende Verpflichtungen enthielten. Eine Reihe von Minderheitsvölkern konnte nach diesen Verträgen unangesehen ihre Minderheiten bedrücken, während anderen Staaten stets mit einem Eingreifen oder der Kontrolle des Völkerbundes gedroht würde. Dieser Zustand müsse als völlig unhaltbar bezeichnet werden. Dr. Amende wies ferner auf den Beschluß der zweiten Völkerbundsversammlung hin, nach der sämtliche Mitgliederstaaten des Völkerbundes ihren Minderheiten mindestens die Rechte die in den Minderheitsverträgen vorgegeben seien, gewähren müßten. Dem Völkerbund erwarte durch seine gegenwärtige Minderheitenpolitik ein außerordentliches Prestigeverlust. Aufgabe des Völkerbundes sei es heute mehr denn je, die Behandlung der wesentlichen Fragen, von denen der Friede abhängt — Schiedsgericht, Abrüstung usw. — auch auf das Nationalitätenproblem auszuweiten. Die Führer der Minderheitenbewegung seien verpflichtet und berechtigt, auf die großen Gefahren in der gesamteuropäischen Lage durch die ungenügende Lösung des Minderheitenproblems hinzuweisen.

## Parlamentarischer Arbeitsbeginn.

Wie der Demokratische Pressedienst mitteilt, wird sich am Donnerstag dieser Woche der unabhängige Ausschuss des Reichsrates mit dem deutsch-französischen Handelsvertrag beschäftigen. Nach der Zustimmung des Reichsrates und des handelspolitischen Ausschusses wird der Vertrag in Kraft treten. Am 5. September wird sich ein weiterer Ausschuss des Reichsrates mit dem Seehandelsvertrag über den einseitigen Reichswirtschaftsrat befassen. Der Seehandelsvertrag des Reichsrates soll, wie bisher geplant ist, erst in der Mitte des Monats September zusammengetreten. Die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates nehmen im Laufe des September auch ihre Arbeiten wieder auf. Zur Beratung steht u. a. das Arbeitszeitgesetz. Einleitend tritt der Arbeitsausschuss zur Prüfung der Zollvereinbarungen zusammen, dem bereits eine Reihe von Sachverständigen gutachten vorliegt.

## „Im Geiste von Locarno“.

Der französische Unterrichtsminister Perrier hatte den Plan gehabt, in Paris eine Liebermann-Ausstellung zu veranstalten. Daraus scheint aber nichts zu werden. Auf die ersten Gerüchte davon ist die Gaumnisten-Presse gänzlich aus dem Häuschen geraten und hat feierlich gegen diese fürchterliche Absicht Protest erhoben. An der Spitze dieser Kapitolwächter marschiert natürlich wieder der "Temps", der noch immer — wie lange eigentlich noch? — als offizielles Organ des Herrn Briand gilt. Diese Leute haben nicht gelernt und nicht vergessen, für sie existiert weder Locarno, noch Locarno, noch Locarno. Das Schöne aber ist, daß die offiziellen Stellen sofort umgefallen sind und der große "Friedenskreuz" Perrier die Boulevardblätter sofort um gutes Wetter gebeten hat. Man solle doch nicht und überhaupt nicht so... Eine Ausstellung deutscher Meister sei zwar beabsichtigt, aber nur, wenn in Berlin gleichzeitig französische Gemälde ausgestellt werden. Dagegen ist selbstverständlich nichts einzuwenden, wenn nicht hier an sich unbedeutende Vorfall zeigen würde, welcher Welt noch immer in den Redaktionsstuben der meistgelesenen französischen Presse herrscht. Der Geist von Locarno jedenfalls bestimmt nicht!

## Bestrebungen auf Wiederzusammenschluß der Kommunisten.

Ob. Die im Laufe der letzten Jahre aus der RPD ausgeschlossenen linken Kommunisten haben das Kompromiß Stills in der russischen Opposition dazu benutzt, einen Antrag an die Exekutive der Komintern zu richten, der die Wiederannahme aller ausgeschlossenen unter Wiederherstellung ihrer Parteirechte verlangt. Der Antrag, der von zahlreichen oppositionellen kommunistischen Abgeordneten u. a. Rudik, Uebachs, Scholten, Bartels-Krefeld, Schlicht, Orlemont usw. unterschrieben ist, wird von einem großen Teil der Funktionäre der RPD unterstützt.

## Hamburger Kolonialskandal.

Bei der vor einigen Wochen in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Kolonialfirma Hans Lietgen, Berlin-Damburg, haben sich, wie die Vossische Zeitung berichtet, die größten Unregelmäßigkeiten herausgestellt, da jede ordnungsmäßige Buchführung fehlte. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, belaufen sich die Verluste auf nicht weniger als 2 000 000 M., während die Aktiva gleich Null sind. Insbesondere geschädigt sollen Kreise sein, die dem kolonialen Bedenken nachgeben. Als eine der Hauptgläubigerinnen wird die deutsch-nationale Versicherungs-Vereinigung in Hamburg genannt, deren Verlust auf 300 000 M. beziffert wird. Außerdem haben Privatleute und ehemalige Ostafrikaner, die sich wieder in Ostafrika ansiedeln wollten, Verluste erlitten. Die Behauptung, daß das Reich stark geschädigt sei, muß noch nachgeprüft werden. Jedoch soll sozial feststehen, daß Lietgen, der eine Filiale in Tanga (Ostafrika) hatte, vielen deutschen Firmen Entschädigungsgelder unterschlagen hat, die diesen von der Reichsregierung auf Konto der Entschädigungsansprüche zur Wiederansiedelung in Ostafrika ausbezahlt worden waren. Das Auswärtige Amt hat einen Vertreter in den Gläubigerausschuss entsandt, um nachprüfen zu können, welche Verluste von Lietgen um ihre Entschädigung gebracht worden sind.

## Deutwalscheinweihung in Dinant.

Brins Leopold, der französische Minister Marin, der französische Marschall Franck d'Esperey und der belgische Landesverteidigungsminister Broqueville haben gestern nachmittag an den Feierlichkeiten zur Enthüllung des Deutwals teilgenommen, das dem Gedächtnis der im August 1914 von den Deutschen erschossenen Bürger von Dinant und der französischen Soldaten, die im Laufe der Schlachten um Dinant gefallen sind, errichtet wurde. Es wurden 10 Reden gehalten. Der Bürgermeister von Dinant wies auf die Bedeutung des Tages hin und bewies die Wichtigkeit der Legende über die angeblichen Franctireurs. Brins Leopold erinnerte an die Ereignisse von 1914, die alle zivilisierten Nationen vor Grauen verneinert hätten, und erklärte noch: Das Gewissen der Welt wird immer diese grauliche Vergangenheit vor sich weisen und sich vor dem Andenken der unschuldigen Opfer verneigen. Minister Broqueville entbot namens der Regierung allen Märtyrern der edelsten Sache den letzten Gruß. Er besagte sein Haupt vor den ruhmvollen Kriegeren Frankreichs, die gefallen seien, damit es nicht Belgier ohne ein Belgien gäbe, und bringe ihnen ehrenden Dank und den Soll unaussprechlichen Gebetens.

## Auch morgen früh startet Könneke nicht.

Röln. Entgegen allen falschen Gerüchten erläßt die Telegraphen-Union von zuktändiger Seite, daß Könneke wegen der ungünstigen Wetterverhältnisse auch morgen früh noch nicht starten kann.